

## Entschließungsantrag

der Bundesrätin Monika Mühlwerth  
und weiterer Bundesräte

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage betreffend Behar-  
rung auf gescheiterten sozialistischen „Bildungsphantasien“ auf Kosten der Zu-  
kunft unserer Kinder

betreffend Absetzung der Bundesministerin für Bildung und Frauen

In den letzten Jahren gab es im Unterrichtsministerium eine geradezu beispello-  
se Pleiten-, Pech- und Pannenserie:

*„Österreich hat das teuerste Bildungssystem, seine Schüler sind aber nur Mittel-  
maß“, das ist laut Rechnungshof das Ergebnis der gescheiterten sozialistischen  
Bildungspolitik.*

Die Evaluierung des Prestigeprojekts ‚Neue Mittelschule‘ brachte kürzlich ein ent-  
sprechend verheerendes Urteil:

*„Die Erreichung der pädagogischen Ziele kann an den untersuchten ersten bei-  
den Generationen der NMS nicht in dem erwarteten Ausmaß festgestellt werden.*

*Der Beitrag der NMS in gesellschaftlicher Hinsicht, insbesondere zur Förderung  
von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, ist nach den bisher vorliegen-  
den Daten eher gering. Dies liegt auch daran, dass beim Eintritt in die NMS we-  
sentliche Weichenstellungen bereits getroffen wurden bzw. prägende Einflüsse  
auf das Vorwissen und das Lernverhalten der Schülerinnen und Schüler bereits  
stattgefunden haben und nicht mehr grundlegend modifiziert werden können.“*

Ende Februar 2014 wurde bekannt, dass kurz nach Amtsantritt der neuen Minis-  
terin, am 18. Dezember 2013, das Ministerium von einem Datenleck beim bifie  
informiert wurde, aber keine Handlungen gesetzt wurden. Ergebnis war, dass  
mehr als 400.000 Testergebnisse und Daten von 37.000 Lehrern unverschlüsselt  
und ungeschützt und für jeden Internetbenutzer einsehbar auf einem rumäni-  
schen Server gelegen sind.

Daraufhin wurde die Teilnahme an den PISA-Testungen 2015 abgesagt und trotz  
heftiger Kritik von allen Seiten darauf beharrt. Es dauerte drei Monate, bis im Un-  
terrichtsministerium wieder ein Umdenken stattgefunden hat und Ende Mai 2014  
eine Teilnahme am PISA-Test 2015 verkündet wurde.

Bei der Zentralmatura 2014 gab es Probleme bei den Englisch und Französisch-  
Arbeiten: Statt 60 Prozent wie bei den bisherigen Probeläufen mussten in Eng-  
lisch für eine positive Note 63 Prozent der Punkte erreicht werden, in Französisch  
mehr als 62 Prozent.

In Mathematik musste die Matura an fünf Wiener AHS wegen fehlender Beispiele  
unterbrochen werden.

Und bei der Deutsch-Matura stand ein Text zur Auswahl, der nationalsozialisti-  
sches Gedankengut vertritt.

Beim mitverantwortlichen BIFIE wurden die Direktoren abgesetzt und eine BIFIE-  
Reform bis Ende 2014 angekündigt. Eine Reform die noch immer aussteht.

Die Termine für die mündliche Matura wurden nicht mit Aufnahmeprüfungen an Universitäten und Stellungsterminen beim Bundesheer akkordiert, was zu entsprechenden Terminkollisionen führte.

Im Zusammenhang mit der ‚vorwissenschaftlichen Arbeit‘ war nicht einmal klar, wie viel die Maturanten genau schreiben müssen, dann gab es noch technische Probleme und die Maturanten wurden stunden- und nächtelang gehindert, ihre Arbeit rechtzeitig elektronisch abzugeben. *‘Upps, das hätte nicht passieren sollen ...’* meldete der Server, auf den Arbeit hinaufgeladen werden sollte, tagelang zurück. Nicht einmal die Lehrer konnten darauf zugreifen.

Dabei wurden neben einer ganzen Sektion im Ministerium und dem millionenschweren BIFIE wird nun auch noch ein teures externes Projektmanagement beauftragt, damit ein Projekt, das jahrelang vorbereitet wurde, verschoben wurde und das in vielen europäischen Ländern funktioniert, ohne weitere Pleiten, Pech und Pannen über die Bühne geht.

Schließlich ist dem Ressort auch das Geld ausgegangen: Nach der Stundung der Mieten in der Höhe von 100 Mio.€ für die Schulen durch die BIG im Herbst 2014 schrieb die Ministerin Anfang 2015 noch einen Bettelbrief um zusätzliche 200 Mio.€ an das Finanzressort, obwohl mit diesem im Gegenteil 300 Mio. € an Einsparungen vereinbart waren, die noch einer Umsetzung harren.

Angesichts des gescheiterten sozialistischen Bildungsprojektes „Neue Mittelschule“ und der schier endlosen Pleiten-, Pech- und Pannenserie ist das Vertrauen in die Fähigkeit der Bundesministerin für Bildung und Frauen, in ihrem wichtigen Ressort für Ordnung zu sorgen, restlos erschöpft. Die unterzeichneten Bundesräte stellen daher nachstehenden

### Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

*Der Bundeskanzler wird ersucht, dem Bundespräsidenten gemäß Art. 70 Abs. 1 B-VG die Entlassung der Bundesministerin für Bildung und Frauen vorzuschlagen.*

Wien, den 12.3.2015

